

Regierung soll Schülern und Lehrabgängern helfen

Der Kantonsrat fordert ein Konzept für den Schulbetrieb in der Pandemie und bessere Bedingungen nach dem Lehrabschluss

bz, 08.09.2020

STEFAN HOTZ

Für Kinder und Jugendliche besteht durch das Virus, das seit einem halben Jahr unseren Alltag weitgehend bestimmt, in der Regel kein grosses gesundheitliches Risiko. Von den Folgen des Lockdowns auf Bildung und Wirtschaft sind sie jedoch ebenso stark betroffen wie die Erwachsenen. Im Einzelnen sind die Auswirkungen noch gar nicht absehbar. Der Kantonsrat hat sich am Montag mit zwei dringlichen Postulaten zu diesen Themen befasst. SP, FDP und GLP forderten in einem Vorstoss ein stufengerechtes Konzept, damit die Zürcher Volksschule auf eine zweite Welle vorbereitet ist. Der Regierungsrat zählte in seiner Stellungnahme die Angebote auf, welche die Bildungsdirektion zur Verfügung stellt, um schulische Defizite zu verhindern, auch für eine erneute Phase mit Fernunterricht. Er hebt aber hervor, dass die Bildungsinfrastruktur Sache der Gemeinden ist.

Die Arbeit des Volksschulamtes in der Corona-Krise stiess im Rat auf viel Anerkennung. Auch im Ton unterschied

sich die Debatte deutlich von der gehässigen Erklärung, mit der fünf Fraktionen im Mai die Bildungsdirektion abgekanzelt hatten. Der Erstunterzeichner und Sekundarlehrer Christoph Ziegler (glp., Elgg) bezeichnete deren Angebote allerdings als Körner, die wie in einem Hühnerhof ausgestreut zusammenzusuchen seien. Den Postulanten fehlt ein Konzept. Marc Bourgeois (fdp., Zürich) stellt sich ein kleines Vademecum für Schulen vor, die von Schliessungen und Quarantäne betroffen sind. Die EVP unterstützte den Vorstoss ausdrücklich ohne Enthusiasmus.

Eingeschränkter Spielraum

Auch die Kritiker sind parteipolitisch bunt gemischt. Gemünzt auf FDP und GLP meinte Matthias Hauser (svp., Hüntwangen), ausgerechnet Liberale würden die Notlage ausnutzen, damit der Kanton verbindliche Vorgaben erlasse. Die Schulleiterin Nora Bussmann (gp., Zürich) sagte, die beklagten Unterschiede gebe es auch im Präsenzunterricht. Einheitliche Konzepte würden den Gestaltungsspielraum einengen. Auch

CVP und AL sahen keine Notwendigkeit für neue Konzepte und schlossen sich der Regierung an, die sich gegen die Überweisung des Vorstosses ausgesprochen hatte. Der Rat überwies ihn gleichwohl mit 91 gegen 81 Stimmen. Regierungsrätin Silvia Steiner (cvp.) sagte, die Bildungsdirektion arbeite zusammen mit der Wissenschaft, Fachstellen sowie Bund und anderen Kantonen bereits an einem Konzept, um mit Covid-19 durch den Winter zu kommen.

Anreize für Arbeitgeber

Ebenfalls politisch ungewöhnlich ist das Trio, welches das zweite Postulat eingereicht hat: der Transportunternehmer Jürg Sulser (svp., Otelfingen), die grüne Ustermer Stadträtin Karin Fehr sowie der Schreiner und Sozialpädagoge Daniel Sommer (evp., Affoltern am Albis). Verlangt werden darin Anreize, damit Unternehmen trotz wirtschaftlichen Schwierigkeiten abgehende Lehrlinge weiterbeschäftigen. «Es ist zu verhindern, dass gut ausgebildete junge Berufsleute keinen Einstieg ins Berufs-

leben finden und so ein negatives Erlebnis mit sich tragen», sagte Sulser. Es sei in der derzeitigen Wirtschaftslage nicht allen Unternehmen möglich, ihre ehemaligen Lehrlinge zum geforderten Mindestlohn weiterzubeschäftigen.

Gegen den Vorstoss sprach sich nur gerade die CVP aus. Lorenz Schmid (cvp., Männedorf) wunderte sich, wie hier auf breiter Front ein Eingriff des Staats in den Arbeitsmarkt gefordert werde. Dieter Kläy (fdp., Winterthur) hatte zuvor erklärt, es gehe darum, kantonal umzusetzen, was die Sozialpartner auf Bundesebene vereinbart hätten. Die linke Seite wehrte sich gegen den Eindruck, sie fördere Lohndumping. Die Berufseinsteiger seien primär die Verlierer der Corona-Krise, sagte Harry Brandenberger (sp., Gossau). Man werde genau hinschauen, was vorgeschlagen werde.

Selbstverständlich teile sie das Anliegen, sagte die Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh (fdp.). Sie werde im Bericht aufzeigen, welche Auswirkungen die Krise auf die Jungen habe. Der Rat forderte diesen mit grosser Mehrheit denn auch an.